

auch auf das allgemeine Droh- und Verhalten regulierende Potenzial von Hartz IV und anderen Instrumenten des „aktivierenden Sozialstaates“ verwiesen wird. Wenn es stimmt, wie Brütt in seinen zum Teil recht dichten, aber meist spannenden Ausführungen zum „Wandel der Normalität“ (151ff.) behauptet, dass in den vergangenen Jahren „neue Regeln für eine neue Normalität“ entstanden und aus ehemals „atypischen“ Beschäftigungsverhältnissen typische und aus „subnormalen“ normale geworden sind, dann zielt(en) die Hartz-IV-Reformen und ihre Vorläufer nicht vornehmlich – wie häufig angenommen – auf die Langzeitarbeitslosen, Sozialhilfeempfänger und die bereits Ausgegrenzten, sondern vielmehr auf den Kern der Gesellschaft ab.

Insgesamt spiegelt sich in den drei besprochenen Untersuchungen der anhaltende politische Streit über die unmittelbaren und mittelbaren Beschäftigungseffekte und andere Zielsetzungen der Hartz-Reformen wider. Hierbei zeigt sich, dass es hinsichtlich der Kriterien, die zur Bewertung der Policy-Dimension herangezogen werden, auch mehr als fünf Jahre nach der Umstellung des deutschen Systems zur Absicherung von Erwerbslosigkeit kaum Einigkeit gibt. Abgesehen davon, dass die Würdigung der zahlreichen seriösen Studien und Einwände, die die „Erfolgsgeschichte“ von Hartz IV in mehrere Hinsicht in Frage stellen, in den Policy-Analysen von Hassel/Schiller und Hegelich et al. doch eher kurisorisch ausfällt, haben sämtliche Studien auch nichts zur Klärung einer immer dringlicher werdenden Frage beizutragen: Wie konnte es kommen, dass Hartz IV inzwischen in der Wahrnehmung der Bevölkerung zu einem Syno-

nym für sozialen Abstieg und „sozialen Abschaum“ geworden ist? Auf diese beunruhigende Entwicklung als Ausdruck einer zunehmenden Entsolidarisierung und gesellschaftlichen Spaltung hat vor kurzem erst wieder eine Forschergruppe am Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld hingewiesen. Ihre seit 2002 unter der Leitung von Wilhelm Heitmeyer durchgeführte Erhebung zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit hat in Deutschland einen verstärkten Trend zur Stigmatisierung und Ablehnung von Erwerbslosen sowie eine gesteigerte Gewaltbereitschaft gegenüber als ökonomisch nutzlos angesehenen Menschen ausgemacht. Demnach haben 56 Prozent der Deutschen eine abwertende oder gar feindselige Einstellung gegenüber Hartz-IV-Empfängern, wobei diese Haltung quer durch alle Schichten ginge. Auch in dieser Hinsicht lohnt es sich, mit zeitlichem Abstand noch einmal neu über die Hartz-IV-Reform und ihre gesellschaftspolitischen Implikationen nachzudenken.

Britta Grell

Lindvall, Johannes. *Mass Unemployment and the State*. Oxford. Oxford University Press 2010. 240 Seiten.
50 £/56,65 €.

Seit den 1970er Jahren konstituiert Massenarbeitslosigkeit ein Problem in westlichen Gesellschaften, mit dem Politiker und Parteien in vielfältiger Weise konfrontiert sind. Johannes Lindvalls Buch versucht in dieser Hinsicht zwei Fragen zu beantworten. Erstens, warum unterscheiden sich die politischen Reaktionen auf die zunehmende Arbeitslosigkeit in den 1970er und

1980er Jahren in Dänemark und den Niederlanden von denen in Österreich und Schweden? Während in Dänemark und den Niederlanden bereits seit Mitte der 1970er ausgeglichene Haushalte und niedrige Inflation Vollbeschäftigung als hauptsächliches Ziel der Wirtschaftspolitik abgelöst hatten, so trat dieser Paradigmenwandel in Österreich und Schweden erst mit 10- bis 15-jähriger Verspätung ein. Zweitens, warum reagierten Dänemark und die Niederlande mit umfassenden Reformen des Arbeitsmarktes und der sozialen Sicherung auf die anhaltende Massenarbeitslosigkeit in den 1990ern, während weitreichende Reformen in Österreich und Schweden ausblieben? *Lindvall* zielt darauf ab, die temporale Variation der politischen Reaktion auf das Phänomen Massenarbeitslosigkeit in vier relativ kleinen aber offenen Volkswirtschaften über mehr als drei Dekaden zu analysieren.

Methodisch bedient sich *Lindvall* deskriptiv-analytischer Fallstudien der Arbeitsmarkt-, Finanz- und Wirtschaftspolitik der vier Länder, um die länderspezifische Variation zu erklären. Die empirische Analyse ist aufgeteilt in drei längere Kapitel und basiert vorwiegend auf offiziellen Regierungsdocumenten, in denen die jeweiligen politischen Zielsetzungen analysiert werden. Dieses wird mit vom Autor durchgeführten Interviews der damaligen Regierungschefs, Finanzminister, relevanten Staatsbeamten sowie Notenbankpräsidenten kombiniert, um eine umfassendere Interpretation der Informationen zu erreichen.

Der Autor argumentiert, dass die Unterschiede zwischen Dänemark und den Niederlanden auf der einen Seite sowie Österreich und Schweden auf der anderen Seite, durch den zuneh-

menden Verfall der politischen Nachkriegsordnung in den erstgenannten Ländern zu erklären sind. Den Veränderungen der wirtschaftspolitischen Prioritäten in den 1970ern ging dort der strukturelle Wandel der Parteiensysteme voraus, als neue Parteien die politische Bühne betrat und die etablierten Parteien und deren Lösungskonzepte in Frage stellten. Verbunden war dies zudem mit dem zunehmenden Bedeutungsverlust korporatistischer Traditionen in beiden Ländern. Diese Veränderungen hatten einen zumindest indirekten Effekt auf politische Entscheidungsprozesse, da nun andere wirtschaftspolitische Zielvorstellungen wie Inflationsbekämpfung an Einfluss gewannen und auch Politiker etablierter Parteien nicht mehr ausschließlich an das Prinzip der Vollbeschäftigung gebunden waren. Vergleichbare Entwicklungen traten in Österreich und Schweden nicht ein, wo sowohl die Parteiensysteme als auch die korporatistischen Strukturen der Nachkriegszeit erhalten blieben. Die politischen Eliten beider Länder hielten daher am vorherrschenden volkswirtschaftlichen Modell fest, welches auf Vollbeschäftigung aufbaute, indem sie expansive Finanzpolitik beziehungsweise Wechselkursabwertungen als beschäftigungspolitische Instrumente bis in die 1980er Jahre einsetzten.

In Dänemark und den Niederlanden manifestierte sich hingegen der Wandel der wirtschaftspolitischen Prioritäten auch in konkreter Politik. Die neu gewählten bürgerlichen Regierungen der 1980er Jahre betrieben eine Politik der Austerität, der Inflationsbekämpfung und Wechselkursstabilität, auch wenn dies mit einem kurzfristigen Anstieg der Massenarbeitslosigkeit und ihrem langfristigen Verharren verbunden war.

Erst seit Mitte der 1980er tritt in Österreich und Schweden der Wandel der wirtschaftspolitischen Zielsetzung zu ausgeglichenen Haushalten sowie Geld- und Wechselkursstabilität ein. Mit Anfang der 1990er Jahre wird dieser Paradigmenwechsel dann auch politisch umgesetzt. Diese Prozesse sind wie zuvor in Dänemark und den Niederlanden durch den Wandel der Parteiensysteme und den Niedergang korporatistischer Strukturen bedingt. Die divergierenden Pfade in der politischen Reaktion auf das Problem der Massenarbeitslosigkeit erklären *Lindvall* zufolge auch die unterschiedliche Arbeitsmarktpolitik in den 1990ern. In Dänemark und den Niederlanden etablierten sich aufgrund der längeren Erfahrung mit anhaltend hoher Arbeitslosigkeit und der frühzeitigen Veränderung der politischen Landschaft ein Problembewusstsein und ein parteiübergreifender Konsens in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. In Kombination mit der Wiederbelebung korporatistischer Instrumente und der Bildung lagerübergreifender Regierungskoalitionen konnten so weitreichende Reformen des Arbeitsmarktes und der sozialen Sicherung im Sinne eines Flexicurity-Modells umgesetzt werden. Das Flexicurity-Modell vereinbart großzügige soziale Sicherung mit flexibler Arbeitsmarktpolitik in beiden Ländern. In den anderen beiden Ländern war ein weit geringeres Problembewusstsein vorhanden (Österreich) respektive die politischen Akteure nicht gewillt, dem Problem der Massenarbeitslosigkeit mit umfassenden Reformen der sozialen Sicherung und des Arbeitsmarktes zu begegnen (Schweden). In Österreich hielten die Sozialpartner an ihrer bisherigen Arbeitsmarktpolitik fest und sahen eine

umfassende Reform der sozialen Sicherung nicht als notwendig an, sowie gegen ihre eigenen Interessen strebend. Die sozialdemokratischen Regierungen in Schweden erachteten soziale Kürzungen in einer länger andauernden Krise als unangemessene Lösung und nicht zumutbar für Langzeitarbeitslose (168, 169).

Lindvalls Studie setzt sich damit von Erklärungsansätzen ab, die vorwiegend volkswirtschaftliche Rahmenbedingungen oder strukturell-institutionelle Erklärungsfaktoren als Determinanten der Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik in westlichen Ländern und dessen Variation anführen. *Lindvall* konstatiert daher nicht unzutreffend „[t]his book brings politics back in“ (2), was auch eines der Verdienste dieses Buches ist. Allerdings könnte die Diskussion alternativer Erklärungen am Schluss der jeweiligen empirischen Kapitel an einigen Stellen umfassender sein, insbesondere dort, wo *Lindvalls* Argumente und eine scheinbar alternative Erklärung keinen Gegensatz bilden, sondern komplementäre oder sich bedingende Zusammenhänge darstellen. Ein weiterer diskussionswürdiger Aspekt wäre die Frage, ob die jeweiligen politischen Eliten ihr Handeln auch an elektoralen Überlegungen orientiert haben. So könnte ein Paradigmenwandel auch die Folge des Anwachsens einer kritischen Anzahl von Wählern sein, die eine Abkehr von der bisherigen Politik einforderten.

Trotz dieser Einwände ein empfehlenswertes Buch, welches die Rolle politischer Akteure in der Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik über mehr als drei Dekaden analysiert und somit über rein institutionelle oder ökonomische Erklärungsansätze für den Wandel und die Stabilität von Policy-Regimen in

Zeiten von Massenarbeitslosigkeit hinausgeht.

Christoph Arndt

Wehr, Ingrid, und Hans-Jürgen Burchardt (Hrsg.). *Soziale Ungleichheiten in Lateinamerika. Neue Perspektiven auf Wirtschaft, Politik und Umwelt*. Baden-Baden. Nomos 2011. 334 Seiten. 19 €.

Die hartnäckige Persistenz sozialer Ungleichheit in Lateinamerika ist ein Phänomen. Auch Jahrzehnte nach der fast flächendeckenden Durchsetzung der Demokratie weist die Region – neben dem südlichen Afrika – die weltweit höchsten Ungleichheitsraten auf. Bisher hat sich die formale Garantie politischer Gleichheit in Lateinamerika nicht in einen Abbau sozioökonomischer Ungleichheit übersetzt – anders als es modernisierungs- und demokratietheoretische Überlegungen sowie die empirischen Erfahrungen Europas erwarten lassen würden. Hinzu kommt, dass zahlreiche Staaten Lateinamerikas lange wohlfahrtsstaatliche Traditionen besitzen. Auch die Sozialausgaben sind keineswegs pauschal niedrig. Einfache Erklärungsmodelle versagen mithin – und systematische empirische Forschung ist nötig, um „den Ursachen und Reproduktionsmechanismen der extremen und multiplen Ungleichheitsverhältnisse auf den Grund zu gehen“ (5). Dieser Aufgabe stellt sich der Band *Soziale Ungleichheiten in Lateinamerika. Neue Perspektiven auf Wirtschaft, Politik und Umwelt*. Den Herausgebern, Ingrid Wehr und Hans-Jürgen Burchardt, ist dabei eine systematisch zusammengestellte Kollektion von auf die gemeinsame Thematik zugeschriebenen Analysen gelungen. Dies ist für

einen Sammelband alles andere als selbstverständlich.

Ausgangspunkt ist eine Einführung in die Thematik durch Ingrid Wehr, in der sie so knapp wie überzeugend argumentiert, dass sich die Koexistenz von Demokratie und sozialer Ungleichheit „weder aus institutionellen Defekten oder fehlenden wohlfahrtsstaatlichen Traditionen, noch aus der mangelnden demokratischen Beteiligung bzw. Kultur der BürgerInnen erklären lässt“ (14). Als alternative Perspektive knüpft Wehr an jüngere Arbeiten in der Tradition des historischen Institutionalismus an, die „grundlegende Herrschaftsstrukturen und Exklusionsmechanismen“ betonen (18). In diesem Sinne verweist die Mehrzahl der Einzelbeiträge auf im weiteren Sinne politökonomische Erklärungen.

Einen ersten Zugang bietet der *Varieties-of-Capitalism*-Ansatz. So analysiert Andreas Nölke das brasilianische Kapitalismusmodell als staatlich durchdrungene Marktwirtschaft. Da dieses „auf Clans beruht, auf gemeinsamen Werthaltungen, einer sehr geringen Klassenmobilität, der Herrschaft von Familien, abgesichert vom – durch Familien und generell den Eliten kontrollierten – Staat“ (149), ist die Reproduktion sozialer Ungleichheiten am Ende wenig erstaunlich. Auch Ben Ross Schneider, David Soskice und Sebastian Karcher betonen die Bedeutung einer spezifisch lateinamerikanischen Spielart des Kapitalismus, der unter anderem über niedrige Tarifvertragsdichte, große informelle Sektoren und stark segmentierte Bildungsmöglichkeiten Ungleichheit auf Dauer stellt.

Wie sich solche politökonomischen Dynamiken in konkreten Politikfeldern entfalten, zeigt eine Reihe überaus in-